

Die Reform des Strafvollzugs

Minister Biltgen präsentiert im März neues Konzept

Die Regierung werde ihre Bemühungen um einen humanen Strafvollzug und eine bessere Resozialisierung fortführen, hatten CSV und LSAP im vergangenen Sommer im Regierungsprogramm festgehalten. Seit der Amtseinführung treibt Justizminister François Biltgen die Reform des Strafvollzugs voran, heißt es nun in einer Pressemitteilung der Regierung.

In den vergangenen Monaten hat Biltgen eine Reihe von Unterredungen mit den verschiedenen Akteuren geführt. Dabei traf er auch Ombudsman Marc Fischbach, der sich in der Vergangenheit immer wieder kritisch mit dem Strafvollzug in Luxemburg auseinandergesetzt hatte. Fischbach sieht das Hauptübel in der aktuellen Organisation der Gefängnisverwaltung. „Solange im luxemburgischen Gefängniswesen eine von außen geführte Generaldirektion, zwei Gefängnisdirektionen sowie zwei, für die Organisation der medizinischen Dienste zuständige Krankenhausdirektionen, also drei verschiedene, ineinandergreifende Strukturen nebeneinander bestehen, ohne dass deren Befugnisse eindeutig definiert wären, dürfte die heutige Situation sich nicht wesentlich zum Besseren verändern“, hatte der Ombudsman im Luxemburger Wort festgehalten. Für Fischbach ist es daher unverzichtbar, dass eine Generaldirektion geschaffen wird, „die nicht von außen, sondern von innen geführt wird“.

Weitere Ansprechpartner des Justizministers waren der Direktor der Strafanstalt in Schrassig, Vincent Theis, der Direktor der Anstalt in Givenich, Claude Lentz, Stefan Baum von der Uni Luxemburg sowie der Schweizer Experte Hans-Jürg Bühlmann. Nach einem Besuch in Schrassig sind in den nächsten Wochen noch Unterredungen mit dem Personal der Haftanstalt in Schrassig und mit einer Delegation der Häftlinge geplant. Am 17. März will Biltgen dann das neue Konzept für den

Strafvollzug im Justizausschuss vorstellen.

Neben der bereits vom Ombudsman angemahnten Reorganisation stehen dabei u.a. die Betreuung und die Unterbringung der Häftlinge im Mittelpunkt. In Zukunft soll vor allem mehr Gewicht auf die Resozialisierung gelegt werden. Diese soll noch während der Haft beginnen, aber auch nach der Entlassung fortgeführt werden. Biltgen erhofft sich, dass dadurch weniger Straftäter rückfällig werden, was wiederum zu einem Plus an Sicherheit für die Bevölkerung führen würde. Der Justizminister will die Häftlinge stärker in die Pflicht nehmen. Zwischen den Häftlingen, der Gefängnisleitung und den zuständigen Sozialdiensten sollen Wiedereingliederungsvereinbarungen (contrat d'insertion) abgeschlossen werden. Bei der geplanten Reform des Strafvollzugs geht es aber auch um das Personal und dessen Weiterbildung.

Ob Justizminister Biltgen im März auch zur Einführung der Fußfesseln Stellung nehmen will, ist noch ungewiss. Im Regierungsprogramm hatte sich das Kabinett darauf verständigt, in Zukunft stärker auf Alternativen zum Strafvollzug zu setzen. Was die Jugendhaftanstalt in Dreibern anbelangt, so soll sie voraussichtlich Ende 2011 einsatzbereit sein. Im Regierungsprogramm hatte Schwarz-Rot festgehalten, künftig keine Minderjährigen mehr in Schrassig unterzubringen.

Die Justizvollzugsanstalt in Schrassig platzt seit langem aus allen Nähten. Deshalb hatte die Vorgängerregierung bereits Ende 2007 den Bau eines Untersuchungsgefängnisses beschlossen. Als Standort war der Uerschertshaff in der Gemeinde Sassenheim zurückbehalten worden. Obwohl der Gemeinderat dem Vorhaben unter bestimmten Bedingungen zugestimmt hat, liegt der entsprechende Gesetzentwurf noch nicht vor. (DS)